

Wer würde schießen?

Nach Jahren der Vernachlässigung wollen Regierung und Parlament das Bundesheer hochrüsten. Dabei werden zum Teil fantastische Summen für die Anschaffung neuen Geräts genannt. Nur: Hat Österreichs Armee dafür überhaupt das Personal?

Von Andreas Wetz

Ungewisser Blick in die Zukunft. Österreichs Politiker wollen das Bundesheer aufrüsten. Doch neben dem Gerät scheint auch die Personalstruktur Probleme zu machen

Jahrzehntelang kritisch beäugt, in den Schatten gestellt und zuletzt fast schon als unnötig erachtet, sind Experten für die Ausübung des Kriegshandwerks auf einmal wieder gefragt. Angesichts der Ereignisse in der Ukraine darf man es inzwischen wieder laut sagen: Der Beruf des Soldaten hat Zukunft. Zumindest dann, wenn den jüngsten Ankündigungen der Politik auch die entsprechenden Taten folgen. Besonders Engagement beim geplanten Aufrüsten der eigenen Streitkräfte zeigten zuletzt Deutschland und Österreich. Beide Länder hatten in den vergangenen Jahren ihr Militär zwar nach außen hin stets als schlagkräftig dargestellt, es tatsächlich aber in einen Dämmer Schlaf versetzt. Das soll sich nun ändern. Wirklich. Schon demnächst.

Folgt der Dürre das Füllhorn?

Berlins Regierungschef Olaf Scholz legte vor. Unter dem Eindruck der ersten Kriegsbilder aus der Ukraine kündigte Deutschlands Bundeskanzler die Hochrüstung der Bundeswehr mit einer Sonderinvestition von 100 Milliarden Euro an. In Österreich brach zunächst eine kleine Debatte über Sinn (oder Unsinn) der Neutralität aus, anschließend folgten ebenfalls Ideen zur Hochrüstung der Armee. Oder eigentlich: zum Aufholen der Versäumnisse der Vergangenheit. Die diskutierte Budget-Bandbreite lag zwischen den aktuellen und äußert knapp bemessenen 2,7 Milliarden Euro und reichte bis hin zu fast fantastischen sechs Milliarden Euro. Jährlich.

”

Bei einem kurzfristig zu bewältigenden Einsatz sind zwei Monate eine lange Zeit“

Stefan Thaller
Heeresgeneral, über die Reaktionsfähigkeit des Bundesheeres

Wie fast immer stand dabei die Neuschaffung von Ausrüstung und Kriegsgerät im Fokus: Kampfflugzeuge, Raketen, Panzer. Nur die eine, womöglich entscheidende, Frage, stellte niemand. Wenn all das neue Material tatsächlich kommen sollte: Wer wird schießen?

Es mutet banal an. Tatsächlich wird jedoch auch militärischen Laien schnell klar: Panzerabwehrwaffen, Artilleriegeschütze und Luftabwehrwaffen, mit denen sich die ukrainische Armee gegen die russischen Invasoren sehr erfolgreich wehrt, wollen gekonnt bedient werden. Von Soldaten, die daran ausgebildet sind, und die, wenn es drauf ankommt, ihren Kameraden links, rechts, vor und hinter ihnen im Kampf ihr Leben anvertrauen.

Einheiten, deren Mitglieder einander persönlich kennen, die bereits miteinander geübt haben und das ihnen zur Verfügung gestellte Kriegsgerät blind beherrschen, können den Unterschied ausma-

chen. In der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine ist das täglich zu sehen. Kann das das Bundesheer auch?

Meister der Mangelwirtschaft

Der vorsichtige Befund lautet: jetzt, in Friedenszeiten oder im Auslandseinsatz, ja. Österreichs präsenze Kräfte sind trotz aller Defizite bei der Ausrüstung gut ausgebildet und engagiert. Aber wenn die Armee das Land verteidigen soll, dafür nach Plan stark aufwächst und zur sogenannten Einsatzorganisation wird, dann wird es schwierig. Sehr schwierig. Vielleicht sogar unmöglich, die in zahllosen Gesetzen, Doktrinen, Konzepten und Plänen festgeschriebenen Aufgaben am Schlachtfeld, an der Grenze, womöglich auch „nur“ beim Schutz bedeutender Infrastrukturen zu erfüllen. Die vom Gesetzgeber gestellten Anforderungen gehen mit der Ressourcenzuteilung der Regierungen der vergangenen Jahrzehnte einfach nicht zusammen.

Kritischer Befund aus dem Inneren

News tauchte für die Recherchen in die komplexe Welt der militärischen Einsatzplanung ein. Sprach mit ehemaligen und aktiven Spitzenkräften, die – anders wäre das nicht möglich – anonymisiert, aber offen gravierende Defizite schilderten. Wir besuchten den General und aktuellen Leiter der Einsatzkoordination, der mit all diesen und über die Jahre von Politikern aufgebauten Defiziten leben und arbeiten muss. Und wir sprachen mit Vertretern der Miliz, die im Einsatzfall den personell größten Teil der Streitkräfte stellen soll.

Unsere Reise beginnt im vierten Stock eines Wiener Bürohauses aus Stahl, Glas und Beton. Hier, unweit des jüdischen Viertels der Leopoldstadt, treffen wir zwei Spitzenkräfte des Bundesheeres. Einer von ihnen, ein General, ist im Ruhestand. Und wie so viele seines Schlags nie wirklich aus der „Firma“ ausgeschieden. Oder abgerüstet, wie Soldaten sagen. Der andere, ebenfalls ein Offizier von hohem Rang, ist aktiver Soldat und hat in seiner Funktion guten Einblick in die Personalstruktur der Armee.

Beide, erzählen sie bei Kaffee und einer Karaffe stillen Wassers, schätzen ihre Kameraden. Sie alle wären längst Meister darin, aus geringen Mitteln das Maximum zu holen, zu improvisieren. Angesichts der Ereignisse in der Ukraine müsse man nun aber offen darüber reden, ob wir auch könnten, was die Ukrainer können. Effektiv und in Teams kämpfen nämlich. Der General und der hohe Offizier sagen: Nein, könnten wir nicht.

Problem eins: die Papiersoldaten

„Wenn der Krieg ausbricht, werden wir feststellen, dass ein Gutteil der heute noch verplanten Soldaten nur auf dem Papier existiert und nie mit jenen Kameraden geübt hat, mit denen sie im Ernstfall gegen den Feind vorgehen.“ Der zentrale Befund der beiden Spitzenkräfte klingt vernichtend. Aber stimmt er auch?

Die Antwort vorweg: Ja. Der Weg zur Erkenntnis ist jedoch verworren. Wenn – vereinfacht gesagt – der Krieg ausbricht, wird aus dem Bundesheer, wie wir es

„Papiersoldaten“

Fast jeder dritte Soldat des Einsatzheers hat seine Kameraden noch nie gesehen

Quelle: Bundesministerium für Landesverteidigung (Stand: Mai 2022)



Die Sache ist nur: Etwa 16.200 von ihnen haben dann die Kampfverbände, denen sie zugewiesen sind, zum Zeitpunkt der Alarmierung noch nie gesehen. Geschweige denn mit ihnen geübt. Dies sind jene „Papiersoldaten“, von denen uns der General und sein Offizier berichteten. Warum tut das das Bundesheer?

Mein Kamerad, der Anonymus

Weil es anders nicht funktionieren würde. Die 34.100 Milizsoldaten, die im Einsatzfall und laut Plan annähernd zwei Drittel der Armee stellen, sind nämlich nicht alle gleich. Zumindest nicht nach Heeresmaßstäben. Etwas mehr als die Hälfte von ihnen – 19.950 – sind Freiwillige, die sich nach dem Grundwehrdienst aus den unterschiedlichsten Gründen selbst dazu verpflichteten, sich in den kommenden Jahren regelmäßig als Soldaten fortzubilden, in Form zu halten, kurz: zu üben, um im Fall des Falles Gewehr bei Fuß zu stehen. Einfache Mannschaften müssen über einen Zeitraum von mehreren Jahren 30 Tage in Form von Übungen abdienen, bekommen ihr Gehalt im Zivilberuf während der Übungen vom Staat ersetzt. Bei Milizunteroffizieren sind es 120, bei Milizoffizieren 150 Tage.

Zur Gruppe der Übungspflichtigen kommen jedoch fast ebenso viele Nichtübungspflichtige, die in den Planungspapieren der Armee trotzdem die für sie vorgesehene Position einnehmen. Kritiker wie unsere beiden Offiziere sprechen deshalb von Papiersoldaten. Natürlich sind diese 16.200 jungen Männer „echte“ Menschen ▶

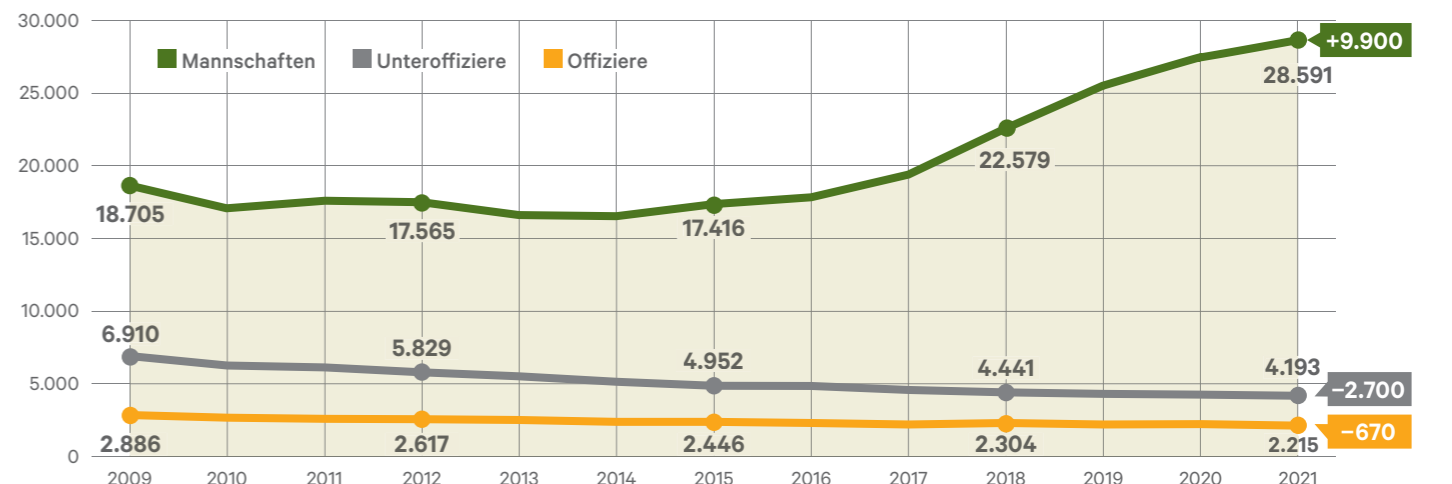


Foto: Bundesheer/Filzwieser

Engagement reicht nicht mehr. Politiker denken beim Bundesheer meist nur an Großgerät. Die Mangelwirtschaft hatte jedoch auch Auswirkungen auf die Personalstruktur

Miliz: Führungskräfte fehlen

Durch finanzielle Anreize steigerte das Bundesheer die Zahl der Freiwilligen bei den einfachen Mannschaftsgraden der Miliz. Die, die sie kommandieren sollen, werden aber immer weniger



Quelle: Bundesministerium für Landesverteidigung (Stand: Jänner 2022)

In der Ukraine ist Panzerabwehr durch Infanterietrupps ein wichtiges Element. Hierzulande werden immer weniger an entsprechenden Waffen ausgebildet – sie machen Covid-Einsätze

aus Fleisch und Blut. Aber: Anders als jene, die sich freiwillig zum Üben verpflichteten, müssen sie zu Manövern gar nicht erst erscheinen. Bei den betroffenen Personen handelt es sich ausnahmslos um Grundwehrdiener, die am letzten Tag ihres sechsmonatigen Wehrdienstes ein Papier namens Bereitstellungsbescheid ausgehändigt bekamen.

Stark vereinfacht gesagt bedeutet der Bescheid, dass man während eines bestimmten Zeitraums im Kriegsfall und nur dann, also wenn das Bundesheer auf seine Einsatzgröße von 55.000 Mann aufwächst, einrücken muss. Kommt kein Einsatz, sind die abgerüsteten ehemaligen Grundwehrdiener lediglich dazu da, um die offenen Positionen jener Einheiten aufzufüllen, denen sie laut Einsatzplanung zugewiesen wurden.

In diesen Einheiten sollen sie dann gemeinsam mit Berufs- oder Milizsoldaten kämpfen, die – anders als sie selbst – regelmäßig üben. Mit so einer Armee will sich Österreich verteidigen?

Problem zwei: Ausbildung

Dabei geht es nicht ums Wollen. Das Land hat gar keine andere Wahl. Das ist einer der Gründe, warum österreichische Soldaten in den vergangenen Jahren eine regelrechte Virtuosität darin entwickelt haben, das Beste aus dem Mangel zu machen.

Einer dieser Virtuosen ist Stefan Thaller. Der Offizier im Generalsrang (Brigadier) hat sein Büro im wuchtigen Backsteinbau des Verteidigungsministeriums am Wiener Donaukanal. An der Wand hängen Fotos vom Bundespräsidenten, von der Verteidigungsministerin, vom Generalstabschef. Und: ein Katana, ein

Ninja-Schwert. Unter den Augen seiner obersten Vorgesetzten ist er als Leiter der Abteilung für militärstrategische Einsatzkoordination dafür verantwortlich, dass bei jedem der 55.000 Soldaten-Arbeitsplätze des Einsatzheers ein Name steht. Angesichts der zahllosen Baustellen des Militärs ist das keine leichte Aufgabe.

Aber sie sei zu schaffen, sagt er. Und nennt für fast jede seiner Sorgen ein Gegenargument, warum sich die Bevölkerung im Ernstfall dann doch auf „unser Heer“ verlassen könne.

Wenig Übung an Waffen

Es stimme schon, sagt er, dass die durch regelmäßiges Üben entstehende Kampfgemeinschaft im Einsatz ungemein wichtig sei. „Das sieht man gerade in der Ukraine.“ Andererseits: Die in den österreichischen Plänen vorgesehenen zwei Monate Einsatzvorbereitung nach der Einberufung würden ausreichen, um ebendiesen Mangel zu beheben. So könnten auch die in der Truppe bis dato wenig geschätzten „befris-

tet Beorderten“ Teil eines Teams werden. Nachsatz: „Aber ich gebe zu: Bei einem allenfalls kurzfristig zu bewältigenden Einsatz sind zwei Monate eine lange Zeit.“

Bei Kaffee und Wasser – Soldaten scheinen nichts anderes zu trinken – erzählt uns Thaller dann aber von anderen Sorgen, die ihn plagen. Vom oft höchst unterschiedlichen Ausbildungsstand der von ihm einzuteilenden Soldaten. Und vom Mangel an Fachkräften und Kommandanten.

Gleich einige Tausend Freiwillige und unbefristet Beordnete der Miliz sind offenbar nämlich gar nicht geeignet für das, was Laien den Schießkrieg nennen. Die Art der Feldverwendung eines Soldaten hat nämlich auch mit den absolvierten Ausbildungen zu tun. Am einfachsten zu verstehen ist das am Beispiel eines klassischen Jägers (Infanterie). Als solcher erreicht man die volle Einsatztauglichkeit erst nach Ende der sechs Monate Wehrdienst, ist dann – gemeinsam mit seinen hauptberuflichen Kameraden – dazu in der Lage, das vorgesehene Waffenarsenal vollumfänglich zu bedienen: Pistole, Sturm-, Scharfschützen- und Maschinengewehr, Panzerabwehrrohr, Lenkwaffen, Handgranaten, Granatwerfer und mehr.

Für Wachen reicht es

Die sehr zahlreichen Inlandseinsätze der vergangenen Jahre (Grenzkontrollen, Covid-Assistenzeneinsatz etc.) führten jedoch dazu, dass viele Grundwehrdiener schon nach dem ersten Teil der Basisausbildung ihren militärischen Wissensstand nicht mehr weiter ausbauen konnten. „Diese Soldaten können wir im Einsatz mit Masse nur als Wachen oder zum Schutz von

Infrastruktur einsetzen“, sagt Thaller. Panzerjagd aus dem Hinterhalt wie in der Ukraine? Das scheint wohl ausgeschlossen.

Kämpfer ohne Kommandeure

Ein weiteres Problem sind die fehlenden Offiziere und Unteroffiziere. Während die Zahl der „Papiersoldaten“ und der Freiwilligen unter den Mannschaftsgraden der Miliz seit 2009 von ca. 18.500 auf 28.500 stieg, reduzierte sich die Zahl der für diese Soldaten zuständigen militärischen Führungskräfte deutlich: Nämlich von etwa 7.000 auf 4.000 bei den Unteroffizieren und von etwa 3.000 auf 2.000 bei den Offizieren (siehe Grafik Seite 23). Selbst Thaller bezeichnet diesen Rückgang vor allem bei den Unteroffizieren als „dramatisch“.

Gerade Unteroffiziere sind manchmal hoch spezialisierte Fachkräfte, ohne deren Arbeit der Betrieb im Einsatz gar nicht funktioniert. Es geht um Mechaniker, Experten für Nachschub und Logistik oder dienstführende Unteroffiziere („Spieß“), die zu Hunderten fehlen. Aufgrund der Relevanz dieser Positionen sind die genauen Zahlen aus Sicherheitsgründen vertraulich. General Thaller, der „Problemlöser“, arbeitet derzeit mit Umschulungsprämien gegen den Fachkräftemangel an.

Problem drei: die Übung

„Train as you fight – fight as you train.“ So lautet ein weltweit genutztes Prinzip der militärischen Ausbildung. Die Idee ist, dass unter Stress gesetzte Handlungen – etwa im Gefecht – nur dann weiterhin korrekt ablaufen, wenn sie unter möglichst einsatznahen Bedingungen oft wiederholt, also geübt und damit automatisiert wurden. Militärische und polizeiliche Sondereinheiten treiben diese Art des Trainings auf die Spitze, doch auch konventionelle Kräfte profitieren von diesem Zugang.

Davon, dass Österreichs Streitkräfte abseits der Sonderverbände so üben, wie sie im Einsatz kämpfen würden, kann allerdings keine Rede sein. Insbesondere bei den nahezu ausschließlich aus Milizsoldaten bestehenden Verbänden wird das sichtbar. Diese setzen sich großteils aus zehn in der ganzen Republik verteilten Jägerbataillonen (einem pro Bundesland, zwei in Wien) zusammen. In den Planungsdokumenten und Tabellen, die General Thaller und sein Team im Backsteinbau am Wiener Donaukanal erstellen, besteht ein Bataillon aus 720 Soldaten. Und kein einziges von ihnen ist dazu in der Lage, in Normalbesetzung zu üben: Es gibt schlichtweg zu wenig Übungspflichtige.

Foto: Bundesheer/Michael Klug

Besonders dünn ist die Personaldecke im Westen. Die Jägerbataillone Vorarlberg, Tirol und Salzburg kommen aktuell auf allesamt weniger als 400 Mann. Und selbst jene Einheiten mit den höchsten Befüllungsgraden im Land (Steiermark, Niederösterreich, Wien) erreichen gerade einmal etwas mehr als 70 Prozent. Die hohen Befreiungsquoten von durchschnittlich 26 Prozent im Fall von befohlenen Übungen sind dabei noch gar nicht mit eingerechnet. „Train as you fight“ bleibt in Österreich ein Wunschtraum.

Die Miliz-Idee ist mehr

„Auch wir haben es noch nie geschafft, in voller Bataillonsstärke zu üben“, sagt Martin Stift. Der 51-Jährige sitzt mit uns im Gastgarten des Alten AKH in Wien. Abseits des zivilen Lebens ist der Vespa-Fan „Spieß“ der ersten Kompanie des Miliz-Jägerbataillons Wien 1. Und vor allem: Vizepräsident des Milizverbands, der Interessenvertretung der Milizsoldaten.

Heute ist Kompanieabend, und die Veranstaltung zeigt, dass die Miliz viel mehr

ist als das ministerielle Auffüllen von leeren Plätzen in Einheiten mit Namen, die die Kameraden noch nie gehört haben. Vizeleutnant Stift glaubt, dass Bürger als Soldaten in Österreich stets dafür sorgten, dass das Militär Teil der Bevölkerung blieb. Und dass Kameradschaft gepflegt wird. „Genau das ging mit dem Ende der Pflichtübungen für alle Wehrdiener verloren.“

Kritik an Söldnermentalität

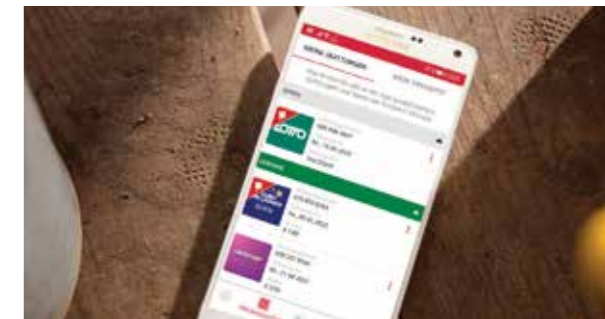
Seither, sagt er, würden sich, auch wegen der Milizprämienmodelle zu viele Leute mit Söldnermentalität melden. Eine bedenkliche Entwicklung, findet er, die nur durch eine allgemeine Übungspflicht nach dem Wehrdienst gestoppt werden könnte. Leise politische Ideen in diese Richtung gab es bereits. Ob es je wieder dazu kommt, wird wohl auch vom Kriegsverlauf in der Ukraine abhängen.

Die Frage, wer also im Krisenfall beim aktuellen Ausrüstungs- und Personalstand schießen würde, beantwortet Stift ohne Ausweichmanöver so: „Wir wohl nicht.“

Alles im Blick:



MIT DER LOTTERIEN APP



Tippen, wo und wann man will, praktische Features inklusive.

Es gibt viele Möglichkeiten, um an den Spielen der Österreichischen Lotterien teilzunehmen. Die Lotterien App ist dabei die Lösung für alle Technikaffinen, die eine einfache und innovative Art des Spielens bevorzugen. Mobil gespielt werden können Lotto, LottoPlus, Joker und EuroMillionen. Auch ein Abo für mehrere Ziehungen kann eingerichtet werden. Die inte-

grierte „Glücksbörse“ ermöglicht das Aufladen und Auszahlen von Guthaben und bietet einen Überblick über gespielte Quittungen, Gewinne, Jackpots, zusätzliche Gewinnspiele, Neuigkeiten und vieles mehr. Das Aufladen der „Glücksbörse“ ist in allen Annahmestellen möglich, wo man auch Prepaid-Guthaben in Form eines EuroBons erhält. Ist die Glücksbörse einmal in der Annahmestelle aktiviert, ist auch das Aufladen mit Kreditkarte möglich.

www.lotterien.at

Foto: Österreichische Lotterien

WERBUNG